Was wird aus der Realschule in Aumühle?

Aumühle – Bisher waren sich alle Fraktionen in der Aumühler Gemeindevertretung einig, die Realschule soll unter allen Umständen erhalten bleiben, wenn nicht als Gemeinschaftsschule, dann ab 2010 wenigstens als Regionalschule. Erst vor wenigen Monaten investierte die Gemeinde einen Betrag von rund 100.000 Euro in die Renovierung des naturwissenschaftlichen Klassenraumes. Die Gemeinden Dassendorf und Aumühle finanzieren eine Schülerbuslinie. Alle Maßnahmen wurden bisher von der Gemeindevertretung einvernehmlich beschlossen und getragen.

Allen in der Gemeindevertretung war auch bewusst, die Prognosen der Schülerzahlen zeigen deutlich, dass der Bestand der Realschule an einem seidenen Faden hängt.

Zur Zeit besuchen 166 Schülerinnen die Realschule. Zum Betrieb einer Gemeinschaftsschule wird die Gemeinde keine Genehmigung erhalten, weil die erforderliche Schülerzahl keinesfalls erreicht werden kann. Folglich wird die Realschule spätestens im Jahre 2010 zu einer Regionalschule. Und auch hier ist eine Mindestschülerzahl von 240 Kindern erforderlich.

Der 31. März 2009 ist für die weitere Entwicklung der Schule ein wichtiges Datum. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen die Eltern ihre Kinder zu den weiterführenden Schulen angemeldet haben.

Die Unabhängige Wählergemeinschaft (UWG) wollte diesen Zeitpunkt nicht abwarten. Sie will möglichst sofort Entscheidungen herbeiführen, wie die Schulräume in Zukunft genutzt werden sollen. Bereits im Jahre 2007 hat die UWG Vorschläge für eine außerschulische Nutzung der Klassenräume unterbreitet.

Schon damals wurde über die Nutzung der Räume durch Kindergarten und Krippe diskutiert.

CDU und SPD folgten der UWG-Fraktion nicht. Sie sprachen sich dafür aus, zunächst alles zu unternehmen, die Schule am Ort zu erhalten.

Vor einigen Wochen überraschte nun die UWG ihre Gemeinderatskollegen mit dem Vorschlag, einen »Kinder-Campus« auf dem Schulgelände zu schaffen.

Die UWG hatte bereits ziemlich konkrete Vorschläge, wie die Klassen der Realschule nach der Auflösung der Schule genutzt werden könnten. So soll der evangelische Kindergarten Räume in der Schule erhalten. Die vor einem Jahr eingerichtete Krippe könnte in die freien Räume des Kindergartens ziehen und für den Verein »Feste Grundschulzeiten« gäbe es auch noch freie Räumlichkeiten. Die Gemeindevertretung wurde aufgefordert, schnell Beschlüsse zu fassen.

CDU und SPD gingen die Vorschläge zu weit. Vor allem waren die beiden Fraktionen verärgert, weil die UWG nicht bereit war, die Beratungen über eine künftige Nutzung des Schulgebäudes solange zurück zu stellen, bis Ende März die Anmeldungen zur Realschule vorliegen. In der Gemeindevertretung einigte man sich, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die ein Zukunftskonzept für die Schulräume erarbeiten sollte.

Ohne die Gespräche und Ergebnisse aus der Arbeitsgruppe abzuwarten, hat die UWG in diesen Tagen einen Brief an die Eltern der Grundschule und der beiden Kindergärten mit ihren Vorschlägen geschickt.

Wie sich die Diskussionen in der Gemeindevertretung nach der UWG-Aktion entwickeln werden, ist offen. Die Unabhängigen sind in der Gemeindevertretung die stärkste Fraktion, aber sie haben nicht die absolute Mehrheit. Sie sind auf Unterstützer bei der CDU oder der SPD angewiesen. *Lothar Neinass*